

Paul Kremer (60) ist "assistant professeur" für Philosophie an der Universität Luxemburg.



(Foto: woxx)

RELIGIONEN

"Es ist nur fair, den Islam anzuerkennen"

Subventionen vom Staat? Nach den Anglikanern und Orthodoxen wartet nun die muslimische Gemeinschaft darauf, per Konvention staatlich anerkannt zu werden. Die woxx sprach mit dem Philosophiedozenten Paul Kremer über muslimische Integration und die Aufgaben des Staates im Kampf gegen einen radikalen Islamismus.

woxx: Herr Kremer, dem Parlament liegt ein Entwurf vor, der die Kooperation zwischen Staat und anglikanischer Kirche regeln soll. Ähnliches ist im Verhältnis Staat und orthodoxer Kirche vorgesehen. Die muslimische Glaubensgemeinschaft möchte ebenfalls staatlich anerkannt werden und hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Angesichts der hohen Zahl von Moslems in Luxemburg - ist dieser Schritt nicht schon längst überfällig gewesen?

Paul Kremer: Erfüllt eine Religion gewisse Kriterien, kann sie staatliche Unterstützung beantragen. Vor diesem Hintergrund wäre es folgerichtig, alle Religionen, die die Voraussetzungen erfüllen, gleichermaßen anzuerkennen. Man könnte aber auch historisch argumentieren: Orthodoxe und Anglikaner leben schon lange Zeit in Westeuropa, während Moslems erst in jüngerer Zeit eingewandert

sind. Ich persönlich finde es aber nur fair, wenn nach dem Katholizismus, Anglikanismus und dem orthodoxen Glauben auch der Islam staatlich anerkannt, also konventioniert werden würde.

Der zuständige Minister François Biltgen hat in einem Jeudi-Interview gesagt, die Kooperation zwischen Staat und verschiedenen Religionsgemeinschaften fördert deren Integration. Stimmen Sie dem zu?

Zunächst stellt sich die Frage, wer denn überhaupt integriert werden soll. Bei EU-Bürgern sehe ich keine Schwierigkeiten, bei Nicht-EU-Mitgliedern, vor allem Flüchtlingen, schon. Bei ihnen stellt sich die Frage der Integration nämlich oft gar nicht, denn diese Menschen wollen häufig nicht hier bleiben oder sie dürfen gar nicht. Ob eine Anerkennung einer Glaubensgemeinschaft allein zur besseren Integration der Glaubensmitglieder beiträgt, bezweifle ich.

Kritiker in Deutschland und Frankreich warnen, hinter dem Kopftuchstreit verberge sich eine regelrechte Strategie radikaler Moslems, die Gesellschaft zu islamisieren. Riskiert Luxemburg mit der staatlichen Anerkennung des Islams eine ähnliche Diskussion?

Ja, die Gefahr einer Islamisierung ist gegeben. Ich finde, der Staat muss klar stellen, dass Gesetze in einem Rechtsstaat grundsätzlich für jeden gültig sind. Das betrifft auch den Schulunterricht. Schwimmen, Turnen und Biologie sind für jeden verpflichtend, der die öffentliche Schule besucht. Zwar ist die Frage der Schulkleidung bisher nicht ausdrücklich geregelt. Luxemburg könnte aber die Kopftuchfrage gesetzlich regeln, ähnlich wie es Frankreich und einige deutsche Bundesländer vorhaben.

Neben der Kopftuchfrage wird das von Moslems geforderte Schächten in Deutschland kontrovers diskutiert. In Luxemburg haben ebenfalls Moslems um eine Erlaubnis für diese Schlachtmethode angefragt - doch eine öffentliche Diskussion ist bisher ausgeblieben. Sind die Luxemburger toleranter?

Debatten werden hierzulande ja eigentlich kaum geführt. Abgesehen von ein paar Artikeln in den Medien gibt es bei einem strittigen Thema meistens nur zwei, drei Rundtischgespräche und damit hat es sich. Eine fundierte Auseinandersetzung findet nicht statt. Mir sind zudem keine offiziellen Zahlen über Schülerinnen bekannt, die unbedingt im Unterricht ein Kopftuch tragen

wollen. Als ich noch am Lyzeum war, hatte ich mit ein oder zwei Fällen zu tun, mehr nicht. Solange das so bleibt, wird die Politik versuchen, dem Problem aus dem Weg zu gehen.

Welchen Beitrag in der Integrationsfrage kann der Religionsunterricht leisten?

Keinen wichtigen, denn in seiner jetzigen Form ist er nicht integrierend. Religionsunterricht in Luxemburg heißt bislang katholischer Unterricht. Meines Wissens hat bisher keine andere Gemeinschaft einen Antrag auf eigenen Religionsunterricht gestellt. Der Staat könnte zwar anderen Religionen, also auch den Moslems, als Geste der Anerkennung einen eigenen Religionsunterricht anbieten - allerdings sollte er dies dann mit Auflagen verbinden.

Und wenn dann hinter verschlossenen Schultüren Islamisten agitieren?

Der katholische Religionsunterricht wird vom Erzbischof organisiert. Die staatlichen Behörden kontrollieren nur kaum die Inhalte - obwohl sie das Recht und eigentlich auch die Pflicht dazu haben. Schließlich handelt es sich um staatliche Schulen und Kontrolle gehört zu deren Wesen. Leistungen und Inhalte müssen deshalb transparent sein. Dies müsste selbstverständlich genauso für den Re-

ligionsunterricht gelten, egal ob katholisch, jüdisch oder muslimisch.

Einige Islam-Experten halten eine Trennung zwischen Staat und Kirche beim Islam grundsätzlich für unvereinbar.

Nach jahrhundertelangen Kämpfen hat sich in Europa die Auffassung durchgesetzt, es sei besser, politische und religiöse Macht voneinander zu trennen - eine historische Entwicklung, die auf die Zeit der Aufklärung, dem Investiturenstreit und den Religionskriegen zurückzuführen ist. Die Trennung zwischen Gesetz und Ethik geht insbesondere auf Kant zurück. Aus historischer Sicht kennt der Islam diesen Unterschied nicht. Recht, Politik und Religion und zum Teil auch der Handel und das Geldwesen sind nach der islamischen Weltanschauung nicht voneinander zu trennen. Der türkische Präsident Kemal war der erste, der in einem islamischen Land Politik strikt zur sekulären Angelegenheit erklärte. Und bis heute ist die Türkei die einzige Ausnahme unter den muslimischen Staaten.

Der deutsche Bundestagspräsident Wolfgang Thierse wünscht sich einen aufgeklärten Euro-Islam der muslimischen Einwanderer Europas.

Das klingt sehr schön, ähnlich wie seinerzeit der Euro-Kommunismus. Für mich hört sich das aber illusorisch an. Denn die Realität sieht anders aus. Der europäische Islam in Frankreich etwa ist keineswegs aufgeklärter oder sanfter als anderswo. Dort gibt es dieselben unterschiedlichen Strömungen wie in anderen, islamisch geprägten Ländern, darunter auch gewaltbereite Islamisten.

Wie könnte eine EU-Regierung einen toleranten, demokratisch gesinnten Islam fördern?

Mit dem alten staatlichen Machiavellismus, wie es Frankreich gerade versucht: Man sucht sich Verhandlungspartner, die den eigenen Argumenten am nächsten stehen - und gebraucht sie über diesen Weg als Bindeglied für die staatliche Kohäsion.

Das klingt zynisch.

Ist es auch. Aber es ist auch eine Form von Machtzynismus, oder?

Angesichts des 11. Septembers 2001, der fortwährenden Anschläge von Al-Qaida und anderer Terrorgruppen und der allgemeinen Radikalisierung der Islamisten - ist da nicht eine verstärkte Kontrolle geboten?

Tatsächlich scheint der radikale Islamismus seit ein paar Jahren im Aufwind zu sein. Zumindest vermitteln die Medien dieses Bild. Und in der Tat: Im alten Europa, um im Vokabular von Bush zu bleiben, scheint es eine beachtliche Minderheit von Moslems zu geben, die ihre Identität neu entdecken. Sie sind stolz auf ihren Glauben, ihre Lebensform und bereit sich dafür einzusetzen. Das kann durchaus den inneren Frieden der EU-Länder gefährden. Es gehört zu den Pflich-

ten dieser Staaten, diesen Menschen anzuhalten, sich innerhalb der Landesgesetze zu bewegen. Und eine Möglichkeit, die Moslems zu integrieren und zugleich besser zu kontrollieren führt über die Konventionen. Allerdings haben auch wir eine Pflicht gegenüber den Moslems ...

Und die wäre?

Den Nahost-Konflikt zu lösen. Die israelische Regierung beschuldigt die EU, sich in ihrer Nahost-Politik antisemitisch zu verhalten. Dabei haben die Europäer lediglich erkannt, dass die jetzige Politik Israels zu einem Aufflammen des Islamismus führt.

Ist es nicht naiv zu glauben, der Aufschwung des Islamismus habe in erster Linie etwas mit dem Nahost-Konflikt zu tun?

Sicherlich lässt sich die Radikalisierung nicht allein auf den Nahost-Konflikt zurückführen. Und sicherlich, er wird für andere Anliegen politisch instrumentalisiert. Aber er bleibt ein wichtiger Faktor. Wenn man die aktuelle Politik Ariel Sharons betrachtet, kann man nur schwer gegen die Diskriminierung und Unterdrückung der Palästinenser argumentieren. Man muss den Nahost-Konflikt lösen, dann kommt man auch in der muslimischen Frage weiter.

Die Lösung des Nahostkonflikts reicht wohl kaum aus, auch die Frage der sozialen Integration muslimischer ZuwandererInnen in Europa zu lösen.

Nein, das reicht nicht aus. Wäre man Marxist, müsste man die soziale Integration über den Weg der ökonomischen Integration lösen. Aber erstens ist heute niemand mehr Marxist, zweitens glaubt das heute eh' niemand mehr und drittens sieht man auch nicht, wie man das bewerkstelligen könnte. Zum Glück stellt sich dieses Problem für Luxemburg nicht ganz so akut: Das soziale Gefälle zwischen Moslems und nicht-muslimischer Gesellschaft ist bei uns nicht so groß wie zum Beispiel in Frankreich. Hoffentlich bleibt das auch so.

Interview: Ines Kurschat